

Fr. Catherine LALUMIERE (Generalsekretärin, Europarat)

(Simultanübertragung aus dem Französischen): Herr Vorsitzender, Exzellenzen, zum ersten Mal nimmt der Europarat an einem Gipfeltreffen der KSZE teil. Seit Anbeginn hat sich der KSZE-Prozeß ohne Verbindung mit dem Europarat entwickelt. Der Grund dafür lag in der zwischen Ost und West verlaufenden Bruchlinie. Der Europarat, eine Institution die seit 1949 damit beauftragt ist, die europäischen Länder, die dieselben Auffassungen von der Demokratie vertreten, zu gemeinsamen Aktivitäten zusammenzuführen, betraf einfach die Länder des Ostens nicht.

Heute hat sich die Situation nach der spektakulären Annäherung, die in den letzten Monaten vor sich gegangen ist, gewandelt. Es eröffnet sich auch eine neue Ära für die KSZE. Was die menschliche Dimension anbelangt, so stellt sich in einer besonderen Form die Frage der Institutionalisierung des Helsinki-Prozesses. Da nunmehr dieselben Prinzipien von allen anerkannt werden, geht es darum, sie in praktischer, konkreter und effizienter Weise in die Praxis umzusetzen. Wie Präsident Bush dies formuliert hat, man muß die KSZE auf die Ebene der Alltagssorgen herunterbringen. Müssen jedoch hier neue Institutionen von Grund auf geschaffen werden, um dies zu tun? Die Antwort lautet ja, dann, wenn eine bestehende Institution hier nicht in der Lage ist, eine befriedigende Lösung zu bringen. Die Antwort lautet hingegen nein, immer dann, wenn bestehende Institutionen hier genutzt werden können. Es ist in der Tat überflüssig hier Doppelgleisigkeiten zu haben, die ja nur zur Verschleuderung von Ressourcen und zu Verwirrung führen können.

In diesem Rahmen also, und aus diesen Gründen, überlegt man heute, welche Rolle der Europarat auf dem Gebiet der menschlichen Dimensionen spielen kann. Ich habe in diesem Zusammenhang seit gestern vormittag eine große Zahl von Wortmeldungen gehört, die auf den Europarat bezug genommen haben. Dieser Europarat muß ein wichtiger Baumeister bei der Errichtung eines neuen Europa sein, oder, um einen Ausdruck zu verwenden, der Präsident Gorbatschow sehr am Herzen liegt, "beim Bau des gemeinsamen europäischen Hauses". Der Europarat, der geschaffen wurde, um die europäischen Länder, die dieselben Auffassungen von der Demokratie vertraten, zusammenzuführen und zur Zusammenarbeit zu führen, dieser Europarat wird heute eine gesamteuropäische Kooperationsinstanz.

Seit dem Beitritt Finnlands hat der Europarat alle demokratischen Länder Westeuropas zusammengeführt, insgesamt dreiundzwanzig Länder. Seit der Perestroika und den Ereignissen des Jahres 1989 hat sich der Europarat auch schrittweise den Ländern Mittel- und Osteuropas geöffnet. Diese Öffnung erfolgte im Einklang mit der zunehmenden Demokratisierung dieser Länder.

In diesem Sinne ist Ungarn Vollmitglied des Europarats geworden, und zwar am 6. November dieses Jahres. Polen und die Tschechoslowakei sollten in der Lage sein, im Laufe des Jahres 1991 zum Europarat zu stoßen. Mit Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien entwickelt sich eine immer enger werdende Zusammenarbeit. Dasselbe gilt für die Sowjetunion, die bereits den Status eines speziellen Gastes in der parlamentarischen Versammlung des Europarates genießt. Die Sowjetunion hat auch mehrere Konventionen des Europarates unterzeichnet und verhandelt über weitere derartige Beitritte.

Das heißt schrittweise wird der geographische Zuständigkeitsbereich des Europarates immer größer. Diese Ausweitung ist nicht nur eine Frage der äußeren Form und nicht nur die Folge geographischer Faktoren. Der schrittweise Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zu den Mechanismen des Europarates hat auch insofern eine politische Tragweite, als diese Länder die Grundprinzipien des Europarates anerkennen und die Pflichten und Kontrollen, die damit verbunden sind, auf sich nehmen. Dies ist von besonderer Bedeutung für die Stabilität und den Frieden im künftigen Europa. Dieses Europa wäre unvollständig, wäre es nur als eine Versammlung von Ländern konzipiert, die nur wegen ihrer geographischen Nachbarschaft oder aufgrund gemeinsamer materieller Interessen zusammengeschlossen sind. Europa wird stabiler sein, und der Friede wird gesicherter sein, wenn beides auf Prinzipien, Regeln und auf einer Disziplin beruht, die von den Gründern des Europarates sehr wohl als Verwirklichung der pluralistischen Demokratie, der Achtung des Rechtsstaates und der Menschenrechte, verstanden wurden.

In diesem Sinne sollte der Beitrag des Europarates zur Verwirklichung der Grundsätze der KSZE die beiden Dimensionen des Europarats miteinschließen, nämlich die Regierungsebene und die parlamentarische Ebene.

Im Rahmen der Zusammenarbeit auf Regierungsebene ist die größte Leistung des Europarats auf dem Gebiet der Menschenrechte gesetzt worden. Die Europäische Menschenrechtskonvention mit einer Kontrolle durch eine Gerichtsinanz, nämlich die Europäische Menschenrechtskommission, und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Ich zitiere ferner die Europäische Sozialcharta und die Europäische Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlichen oder erniedrigenden Bestrafungen und Behandlungen. Das sind nur die bekanntesten Instrumente.

Die Normen, zu denen auch eine Rechtssprechung gelangt ist, die nunmehr seit fünfunddreißig Jahren existiert, sind eine wertvolle Errungenschaft. Wollte man das Kapitel des europäischen Verfassungsrechts nunmehr neu schreiben, so wäre das eine offene Tür für eine Schwächung der vorhandenen Errungenschaften und des vorhandenen Besitzstandes. Im übrigen haben sich immer mehr Staaten Mittel- und Osteuropas das Ziel gesetzt, diese Normen als eine hehre Verpflichtung zu übernehmen. Das ist eine Chance für Europa. Diese Errungenschaften des Europarates sind sicherlich ein wichtiger Bezugspunkt, um die Ziele von Helsinki auf dem Gebiet der Menschenrechte zu verwirklichen, insbesondere auch auf dem Gebiet der Rechte der Minderheiten.

Neben den Menschenrechten gibt es noch andere Bereiche der Regierungszusammenarbeit, die für die KSZE von Bedeutung sein können. Die Europäische Kulturkonvention könnte ein wesentliches Element für die Förderung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, Bildung und Sport werden. Für die Jugend könnte sich die Zusammenarbeit auf die bewährten und originellen Strukturen des europäischen Jugendzentrums stützen. Wir können auch unser Netz der rechtlichen Zusammenarbeit ausweiten, das es ermöglicht hat, einhundertvierzig europäische Konventionen zu verabschieden, und die Arbeit auf diesem Gebiet geht weiter. Diese Konventionen, die in ihrer großen Mehrheit auch Nichtmitgliedsstaaten zur Unterzeichnung offenstehen, stellen einen wichtigen Beitrag für die Schaffung eines europäischen Rechtsraumes dar.

Unsere Kooperationsstrukturen betreffen auch die Bereiche Gesundheit, Umweltschutz, Schutz des architektonischen Erbes, freier Informationsfluß, Bekämpfung der Drogensucht und so weiter. Alles das soll auch den Ländern Mittel- und Osteuropas offenstehen, sofern diese Länder dies wünschen, sowie auch den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada, so weit dies möglich ist.

Fr. Lalumière

Wenn es nun um die parlamentarische Dimension geht, so stützen sich unsere Überlegungen auf Erwägungen, die hier von zahlreichen Delegationen zum Ausdruck gebracht wurden. Es wurde gesagt, die KSZE brauche nunmehr auch eine parlamentarische Dimension. Natürlich kann diese parlamentarische Dimension nicht die Form häufiger Treffen annehmen, unsere Parlamentarier haben eher nicht so viel Zeit. Im übrigen wäre es eher schwerfällig, einen völlig neuen parlamentarischen Mechanismus zu schaffen. Deswegen wäre es möglich, die vorhandenen Strukturen und die vorhandene Erfahrung zu nutzen, über die die parlamentarische Versammlung des Europarates verfügt, um auf dieser Grundlage aufbauend, und als juristisch eigenständige Institution, dieses parlamentarische Forum zu schaffen, das die KSZE schaffen will.

Dieses Forum würde, natürlich auf der Grundlage der Gleichberechtigung, alle Parlamente der Teilnehmerstaaten der KSZE zusammenführen. Ich verweise jedoch darauf, daß schon jetzt die parlamentarische Versammlung des Europarates im Begriff ist, de facto eine gesamteuropäische parlamentarische Versammlung zu werden, hat sie sich doch den Delegationen der Parlamente Ost- und Mitteleuropas geöffnet, indem sie diesen den Gaststatus eingeräumt hat.

Das heißt, wir müssen alle zusammen überlegen, was die besten Modalitäten sein können, um in einfacher aber wirksamer Weise diese neue parlamentarische Dimension zu verwirklichen.

Diese Vorschläge für das künftige Europa werfen die Frage der Beziehungen zwischen dem Europarat und den KSZE-Staaten, die nicht Europaratsmitglieder sind, auf. Der Europarat ist bereit, Schritte zu setzen, um seine Programme der Zusammenarbeit diesen Staaten zu öffnen, sofern diese es wünschen und wo immer dies möglich ist. Darüber hinaus ist der Europarat bereit, seine Mechanismen auf dem Gebiet der Menschenrechte zu nützen, um eine Hilfestellung für die Entwicklung von einschlägigen Verfahren zu leisten, die auch über die eigenen Mitgliedsländer hinaus wirksam werden könnten. Schließlich ist der Europarat bereit, an den KSZE-Treffen mitzuwirken, wo seine Präsenz nützlich sein könnte; der Europarat ist auch bereit, mit den Instanzen zusammenzuarbeiten die im KSZE-Rahmen geschaffen werden.

Die KSZE hat eine wunderbare Leistung vollbracht, sie muß weiterarbeiten.
Heute hat der Europarat der KSZE Hilfestellung zu geben.

Die Sitzung wurde um 17.30 Uhr geschlossen.

